

TERMINAL TRIBUNE

INK & IRON, BÜRO 404

Samstag, 3. Oktober 2026

WOCHENENDAUSGABE · WOCHE 40

Ausgabe frei Haus

RÜSTUNG & SICHERHEIT

ARTIKEL 4 UND DAS LOCH IM WESTEN

Oberstleutnant a.D. Hagen · 2. Oktober · Dossier



Illustration: maschinell erzeugt

Sie erinnern sich. 30.000 amerikanische Soldaten auf einem Kontinent. Weniger als die Polizei von New York. Obamas Vermächtnis — der am wenigsten atlantische Präsident der Nachkriegsgeschichte kürzte die Präsenz in Europa, weil er das Bündnis für ein Relikt aus dem Kalten Krieg hielt. 2012. Die Logik: Europa produziere Sicherheit. Amerika nicht nötig.

Dann, im März 2014, änderte sich die Krim.

Heute hat sich das Blatt gedreht. Montenegro ist das 29. Mitglied. 2.000 aktive Soldaten, zwei Fregatten. Hardly game-changing. Aber das Signal zählt: Die Türen bleiben offen, Moskau hat kein Veto. Mazedonien, Bosnien, Georgien warten. Die Entschlossenheit, Prinzipien zu wahren,

lässt im Kreml die Sicherungen durchbrennen. Vergeltung, hieß es. Parität der Interessen.

Wer füllt das Loch, das Washington riss? Am 15. September lieferte Brüssel die Antwort. Von der Leyen verkündete eine EU-Sicherheitsstrategie: ein "Counter-Hybrid-Playbook", ein Mechanismus, der NATO-Artikel 4 flankiert — für Vorfälle unter der Schwelle bewaffneter Aggression, Drohnenangriffe wie in Litauen und Leipzig, Operationen mit militärtauglichem Material durch russische Operateure auf europäischem Boden. Hybride Bedrohungen, so vieler. Dazu ein "European Instrument for Strategic Enablers" — Luftabwehr, strategischer Transport, Cyber und Welt-raum. Fully aligned with NATO. Die Klarstellung kommt aus Brüssel, nicht aus Washington. Wer bezahlt, wenn die Garantie wackelt?

Die Ukraine liefert die Felddaten. Einbli-

IN DIESER AUSGABE

ENERGIE & KLIMA

PETRONAS ZIEHT DIE STRIPPEN — EUROPAS GASHahn GEHÖRT JETZT

POLITIK & MACHT

Drohung, die niemand beweisen will

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

Die 46 Labore und kein Aufseher

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Sanktionen als Geschäftsmodell: Wer vom Druck profitiert

MIGRATION & ASYL

Wohin mit 25.000 Menschen?

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

V kapt die Drähte zu Palantir — Paris füllt die Lücke

PHARMA & MEDIZIN

Allianzen statt Börsengang: Die Pharmaindustrie und ihr stiller

LUFT- & RAUMFAHRT

STERNENPANZER ÜBER BERLIN: WAS VERSCHWEIGT WIRD

KLIMAWANDEL

CBAM — Zoll auf den Atem der Erde

EINFLUSSOPERATIONEN

Selenskyjs Anti-Korruptions-Coup: Der Westen schaut weg

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Moskaus Kartenhaus: Wie ein Denkfehler Europa in Geiselschaft nimmt

cke in eine Realität, in der Russland fälscht, hackt und gleichzeitig fälscht. Informationsmanipulation, Cyberangriffe, hybride Bedrohungen — sie treffen technische, politische und gesellschaftliche Systeme gleichzeitig. Schnelle Koordination

ist entscheidend, um die Auswirkungen zu minimieren.

Die Übungen zeigen das Offensichtliche: Konsistente Erzählungen sind in Desinformationskampagnen überraschend schwer zu halten. Strategische Kommunikation bleibt entscheidend — entscheidend ist, ob sie hält, was sie verspricht.

Die Rolle der USA in der NATO bleibt entscheidend. Aktuelle politische Haltungen könnten die Reaktionen der Allianz beeinflussen. Halt.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261002_0537_04001.html

ENERGIE & KLIMA

PETRONAS ZIEHT DIE STRIPPEN — EUROPAS GASHahn GEHÖRT JETZT MALAYSIA

Jack Hollis · 28. September · Dossier



Sie nennen es Marktpräsenz. Ich nenne es Kolonisierung mit Lieferschein.

PETRONAS, der malaysische Staatskonzern, drückt aufs Gas. Europa soll kaufen — langfristig, in großen Mengen, zu Konditionen, die irgendwo zwischen Kuala Lumpur und Brüssel ausgehandelt werden, nicht an der Zapfsäule in Piräus. Die Strippen werden länger. Die Strippenzieher wechseln, die Struktur bleibt.

Griechenland spielt den strategischen Knotenpunkt. Verstärkte LNG-Zufuhr, Kooperation mit globalen Energieunternehmen. Wer füllt diesen Knoten? Wer kontrolliert den Fluss? METLEN und PETRONAS unterschreiben. Diversifizierung der LNG-Quellen, sagen sie. Versorgungssicherheit, sagen sie. Ich sage: Monopol mit zwei Briefköpfen sieht aus wie Wettbewerb, ist aber keiner. Die Energieversorgung Griechenlands und Südosteuropas wird „sicherer“. Für wen? Für die griechische Industrie, die jetzt brav kauft was Malaysia liefert, oder für METLEN, die sich als Torwächter zwischen Konti-

nent und Konzern positioniert?

Die Türkei. Hier wird es dichter. Langfristige LNG-Lieferverträge. Versorgungssicherheit plus Exportmöglichkeit für überschüssige Energie. Dann kleine modulare Reaktoren — SMR — als flexiblere, lokalere Option. Dann Abkommen mit den USA zur Diversifizierung. Das ist kein Zufall. Das ist eine Architektur. Die Türkei soll Drehscheibe werden zwischen Ost und West, zwischen LNG, Kernkraft und Pipeline, zwischen Washington und jedem, der zahlt.

Offene Fragen, die niemand stellt: Wer kontrolliert die Vertragsklauseln, die bei Preisverfall greifen? Wer haftet, wenn SMRs nicht liefern? Welche Politiker in Ankara, Athen, Washington haben ihre Unterschrift unter diese Abkommen gesetzt — und wessen Konto füllt sich danach? Die Widerstandsfähigkeit, von der die Broschüren sprechen, ist die Widerstandsfähigkeit des Konzerns gegen den Verlust eines Marktes. Nicht die des Verbrauchers gegen einen kalten Winter.

PETRONAS erweitert seine Marktpräsenz. So steht es. Ich schreibe es, wie es riecht: nach Pipeline und nach Macht, die nie an der Zapfsäule verhandelt wird.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260928_1759_03864.html

POLITIK & MACHT

Drohung, die niemand beweisen will

Vera Kastner · 30. September · Dossier



In Genf habe ich einmal erlebt, wie ein Mann lächelnd unterschrieb und am nächsten Morgen so tat, als hätte er die Tinte nie gesehen. Das war 1987. Es war nicht das letzte Mal.

Der kanadische Geheimdienst CSIS hat eine Diagnose gestellt, die in ihrer Klarheit beinahe verstört: Einmischung durch fremde Staaten, insbesondere durch die Kommunistische Partei Chinas, sei die größte strategische Bedrohung für die na-

tionale Sicherheit. Man müsse demokratische Institutionen schützen, Transparenz und Rechenschaftspflicht verbessern. Eine brave Formulierung. Eine notwendige.

Wer Wahlen beeinflusst, braucht keine Panzer. Er braucht Geduld, Geld und die Fähigkeit, jene zu finden, die sich beeinflussen lassen. Die CCP nutze alle staatlichen Mittel, um auf wirtschaftlichem, technologischem, politischem und militärischem Terrain geopolitische Vorteile zu erringen. Demokratische Prozesse sind kein Sakrileg. Sie sind Infrastruktur.

In Ottawa soll der frühere Generalgouverneur David Johnston als Sonderermittler jene Vorwürfe prüfen, denen zufolge China auf die Zusammensetzung der letzten Bundesregierung Einfluss genommen habe. Premierminister Trudeau steht unter Druck, eine öffentliche Untersuchung einzuberufen. Was die Geheimdienste wissen und was die Öffentlichkeit wissen darf, sind zwei sehr verschiedene Dinge.

Der Blick über den Pazifik. Taiwan, das Peking als sein Territorium betrachtet, bereitet sich auf Kommunalwahlen im November vor. Analysten erwarten, dass China künstliche Intelligenz einsetzt: Deepfakes, gefälschte Aufnahmen, koordinierte Desinformation, maßgeschneidert auf einzelne Wählergruppen. Taipehs Regierung rüstet mit KI-Abwehr auf — innen wie außen. Peking leugnet jede Einmischung. Wie immer.

In Washington inszeniert Präsident Donald Trump dieselbe Bedrohung als innenpolitisches Theater. In einer Fernsehansprache beschwor er den größten Wahldatenkompromiss der Geschichte durch China. Beweise: keine. Keine US-Behörde hat je belegt, was er behauptet. Dafür drückt er das SAVE America Act durch die legislativen Mühlen — Wählerfotoausweise als Pflicht. Die politische Herausforderung, Wahlrechtsreformen durch den Senat zu bringen, ist enorm; offen bleibt, ob der Budgetreconciliation-Prozess dafür erhalten soll. Selbst die republikanischen Senatoren haben die Stimmen nicht. Das Filibuster bleibt heilig. Was als Warnung vor externer Manipulation begann, endet als Vorlage für innenpolitische Gesetzesmaschinerie — der Ermittler wird zum Täter der eigenen Erzählung.

Und hier schließt sich der Kreis. Ottawas Geheimdienste schreiben Berichte, die niemand vollständig liest. Wer tatsächlich profitiert, welche Akteure lenken und welche nur so tun — das bleibt die offene Frage. Die Mechanismen der Macht brauchen keinen Vorhang mehr. Sie sind der Vorhang.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260930_1336_03924.html

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

Die 46 Labore und kein Aufseher

Prof. Kessler · 29. September · Dossier



Washington spricht von einer Erfolgsgeschichte. Moskau spricht von Biowaffen. Die Wahrheit liegt — wie meist — in den Akten, die niemand vollständig öffnet.

Das Pentagon hat im Juni 2022 eingeräumt, was jahrelang dementiert wurde: 46 biologische Labore in der Ukraine, gefördert über zwei Jahrzehnte. Friedlich, versichert man. Dem Schutz der Menschheit verpflichtet. In Kooperation mit WHO, OPCW und ukrainischer Regierung. Eine transatlantische Erfolgsgeschichte der Nichtverbreitung.

Die Sache hat einen Haken. Dieselben Labore arbeiten mit Botulismus und Anthrax — Erregern, die in keinem Routine-Gesundheitsamt zu Hause sein müssen. Sie stehen in einem aktiven Konfliktgebiet. Wo Erreger lagern und Granaten fallen, ist die Kompromittierung keine Hypothese, sondern eine Frage der Geographie.

Wer hat bezahlt? Das US-Verteidigungsministerium, über das 1991 gestartete Nunn-Lugar-Programm. Die Carnegie-Stiftung nennt es eine der größten Leistungen amerikanischer Außenpolitik. Andrew Weber, einst Pentagon-Beamter, schrieb 2020 in Politico, die Schönheit biologischer Waffen liege darin, sie in der legitimen Biotech-Branche zu verstecken. Ein Zitat, das manchem Beobachter aufstoßen dürfte.

Russland behauptet militärische Zwecke. Washington bestreitet. Beide Seiten liefern Zahlen, Dokumente, Versionen. Niemand liefert Inspektoren mit echtem Zugang. Nicht die WHO. Nicht die OPCW. Nicht eine ukrainische Öffentlichkeit, die unter den Umständen überhaupt existieren kann.

Die USA preisen die Ukraine als Vorreiterin in Sachen Transparenz und globaler Gesundheitssicherheit. Eine kühne Behauptung über ein Land, dessen Labore zwischen Frontlinien liegen. Ich rauche meine Pfeife — die Labore mögen das nicht.

Wer hat das Pentagon zur Zahl 46 befragt, bevor Russland es tat? Wer veröffentlichte die Liste der Standorte, bevor die Artillerie sie kannte? Wer entscheidet eigentlich, wann ein Forschungsprogramm friedlich ist — und ab wann nicht mehr?

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260929_2211_03897.html

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Sanktionen als Geschäftsmodell: Wer vom Druck profitiert

Ezra Wolff · 2. Oktober · Dossier

Eine Rückkehr zum Atomabkommen von 2015 könnte den Iran wieder in das Swift-System integrieren und die Sanktionen abbauen. Das klingt nach Diplomatie. In Wahrheit ist es die Stornierung einer Rechnung, die nie offen ausgestellt wurde.

Wer profitiert? Die einfache Antwort: das iranische Volk, das unter dem maximalen wirtschaftlichen Druck der Trump-Administration ächzt. Die unbequemere Antwort: jene, deren Geschäftsmodell genau dieser Druck ist. Die Daten sind proprietär. Wer Zugang hat, hat Einblick. Wer Einblick hat, kann handeln, bevor die Märkte die Kurve kriegen.

Betrachten wir die Mechanik. Das SWIFT-System, gegründet in den Siebziger, Rückgrat des internationalen Zahlungsverkehrs, wurde Iran entzogen. Seitdem können Banken nur noch kompliziert mit ausländischen Unternehmen agieren. Kaum ein Konzern nimmt das Risiko auf sich — eine Transaktion, und die US-

Sanktionen nehmen dich ins Fadenkreuz. So entstehen Margen, die in keinem offiziellen Geschäftsbericht auftauchen.

Hier tritt Hawala 2.0 auf den Plan. Informelle Finanznetzwerke, die keine Spuren in den Büchern der Nadelstreifenmänner hinterlassen, die nicht über Swift laufen, die keine elftägige Verzögerung an der Börse erzeugen. Wer diese Ströme kontrolliert, steht in keinem Konzernregister. Unklar bleibt, wer hier tatsächlich Kasse macht.

Die Spannungslinie verläuft weiter. Die wirtschaftlichen Belastungen durch die Blockade könnten die Deterrentfähigkeit in Regionen wie Taiwan und China beeinflussen — eine Floskel, die in Sonntagsreden funktioniert, in den Bilanzen der Rüstungs- und Energiekonzerne aber konkrete Posten erzeugt. Der diskutierte Korridor — ob temporär oder dauerhaft, ob vermint oder geräumt — ist mehr als Handelsweg. Er ist Infrastruktur mit Adressaten.

Europa zögert offenbar, den gesamten Weg des maximalen Drucks mitzugehen. Das war bekannt. Unklar bleibt, wer in den Verhandlungen zwischen Washington und den europäischen Hauptstädten tatsächlich am Tisch sitzt — und wer nur die Akten sortiert.

Die Bücher waren nie ausgeglichen. Sie waren nur für bestimmte Augen geschrieben.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261002_1813_04015.html

MIGRATION & ASYL

Wohin mit 25.000 Menschen?

Marta Silber · 29. September · Meldung

Genf/Washington. Fünfundzwanzigtausend. Mehr als fünfundzwanzigtausend Verschickte, die irgendwo gelandet sind, wo sie niemand kennt, wo niemand auf sie gewartet hat, wo das Asylrecht eine Erringung aus einem anderen Erdteil ist. Eine Untersuchung von Forbidden Stories und einem Konsortium internationaler Journalistinnen und Journalisten hat Ende August diese Zahl dokumentiert. Die UN-Expertinnen und -Experten, die am Mon-

tag schrieben, sprechen von mindestens 23.000 Abgeschobenen in 29 Staaten und Territorien. Die Zahlen unterscheiden sich, weil niemand vollständig weiß, was mit den anderen ist. Das ist die erste Gewalt dieser Statistik.

Mehr als zwanzig unabhängige UN-Expertinnen und -Experten haben die US-Regierung in einem formellen Schreiben aufgefordert, das Programm der Drittstaaten-Abschiebungen zu stoppen. Sie benutzen das Wort "Kaskade". Das ist kein politisches Wort. Es ist ein juristisches. Es bedeutet: Folter, Verschwindenlassen, Menschenhandel, Sklaverei, willkürliche Inhaftierung.

Seit Januar 2025 hat die Regierung von Donald Trump Verträge mit mindestens 35 Staaten geschlossen. Burundi, die Zentralafrikanische Republik, die Demokratische Republik Kongo, Libyen, Südsudan, Äquatorialguinea. Länder, in denen Polizisten auf Migranten schießen. Länder, die iranische Abgeschobene aufnehmen und das Außenpolitik nennen. Länder ohne Asylinfrastruktur, ohne Schutzunterkünfte, ohne medizinische Versorgung.

Die US-Regierung sagt: legal. Im Einklang mit dem Einwanderungsrecht. Sie sagt das, während das Bundesberufungsgericht des 1. Circuit das Drittstaaten-Programm bereits für rechtswidrig erklärt hat. Sie sagt das, während ein ICE-Flug mit Abgeschobenen nach Burundi, Ruanda und in die Zentralafrikanische Republik startete, obwohl Anwälte einen Eilantrag eingereicht hatten. Wer in dem Flugzeug saß, ist unklar. Ob gegen eine gerichtliche Anordnung verstoßen wurde, ist unklar. Was klar ist: Trump hat den Obersten Gerichtshof angerufen, damit das Programm weiterläuft.

Die Menschen in diesen Flugzeugen sind nicht abstrakt. Es sind Kinder. Frauen. Menschen mit Behinderungen. Opfer von Menschenhandel. Es sind Schwule, Lesben, Trans-Personen, deren Orientierung in manchen dieser Drittstaaten eine Straftat ist. Es sind Menschenrechtsverteidiger, deren Verteidigung der Grund für die nächste Verhaftung ist. Es sind Staatenlose.

Einige hatten in den USA bereits gewonnen. Einwanderungsrichter hatten festge-

stellt, dass sie in ihren Herkunftsländern Verfolgung oder Folter erwartet. Sie hatten Papiere. Sie hatten Urteile. Diese Urteile wurden wertlos, als die Regierung begann, Verträge mit Ländern zu schließen, in denen diese Menschen keine Wurzeln, keine Sprache, keine Familie haben.

"Die Schäden durch dieses Programm sind nicht mehr hypothetisch", schreiben die Expertinnen. "Für Migranten in besonders verletzlichen Situationen können die Konsequenzen tödlich sein."

Sie sprechen auch von einem Verstoß gegen das Non-Refoulement-Prinzip, einen Grundsatz des Völkergewohnheitsrechts, der die Zurückweisung von Verfolgten verbietet. Sie haben das Schreiben nicht nur an Washington geschickt, sondern an die Regierungen aller 35 beteiligten Staaten.

Washington hat auf Anfragen nicht geantwortet. Das passt zu diesem Programm: keine Kommentare, keine Verantwortung, keine Namen. Nur Zahlen, die wachsen, und Stimmen, die leiser werden.

Ich habe Formulare ausgefüllt für Menschen, die niemand haben wollte. Ich habe Mütter getröstet, deren Kinder an einer Grenze verschwanden. Ich weiß, wie das klingt, wenn eine Familie auseinandergerissen wird, damit eine Akte als erledigt gilt. Die Expertinnen in Genf können das nicht so sagen. Sie müssen juristisch sprechen. Aber sie meinen dasselbe.

Die Frage nach den Opfern ist offen. Niemand zählt nach. Niemand fragt nach. Niemand will wissen, was mit den fünf- und zwanzigtausend geworden ist, wenn sie einmal im Kofferraum der Außenpolitik verschwunden sind.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N260929_1833_52490.html

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

V kappt die Drähte zu Palantir — Paris füllt die Lücke

Ada Voss · 1. Oktober · Dossier

Der Draht glüht, und das Signal kommt aus Berlin. Deutschlands Inlandsgeheimdienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz, hat sich von Palantir abgewandt.

Die Trennung ist kein Zufall — sie ist ein politischer Schnitt. Der Grund liegt auf der Hand, auch wenn ihn keiner laut ausspricht: die Snowden-Leaks. Seit damals sitzt das Misstrauen tief. Wenn eine US-Firma die Datensätze europäischer Bürger durch ihre Plattform jagt, wer garantiert, dass Washington nicht mitliest? Gotham, Palantirs Flaggschiff, ist ein Betriebssystem für globale Entscheidungsfindung. Schöne Worte. In der Praxis heißt das: fragmentierte Daten — Polizeiberichte, Kfz-Dateien, Standortverläufe, private Nachrichten — werden zu einem einzigen, durchsuchbaren Netz verwoben. Was früher Wochen dauerte, erledigt die Maschine in Stunden. Effizienz, die das Verhältnis zwischen Staat und Bürger verschiebt. Das BfV will diese Abhängigkeit nicht mehr. Die Entscheidung spiegelt einen Trend: digitale Unabhängigkeit wird priorisiert, die Kritik an Palantir in Deutschland wächst. Die Lösung kommt aus Frankreich. ChapsVision liefert mit ArgonOS eine Datenanalyseplattform, die bereits bei französischen Sicherheitsbehörden läuft. Europäische Souveränität — das klingt nach Politik, ist aber auch Architektur. Wer die Plattform kontrolliert, kontrolliert die Sicht auf die Daten. Hier beginnt die offene Frage. ChapsVision ist nicht neutraler als Palantir — nur europäisch. Ob die Pariser Behörden weniger neugierig auf deutsche Akten sind als die Amerikaner, bleibt unbelegt. Was bleibt, ist ein Markt, der sich sortiert. Palantir selbst kann sich über den Verlust grämen — oder auch nicht. Nach Jahren der Investitionen erreichte das Unternehmen 2023 die Gewinnzone, 2024 steht ein EBIT von 310 Millionen Dollar. Die Firma hat sich vom reinen Sicherheitslieferanten zum globalen Anbieter für Unternehmenssoftware gewandelt, mit KI-gestützter Datenintegration. Hohe Kundenakquisitionskosten werden durch eine Netto-Retention über 100 Prozent aufgefangen — die langfristige Profitabilität ist gesichert. Es geht also um mehr als eine Behördenentscheidung. Es geht um die Frage, in wessen Händen die Werkzeuge liegen, die unsere Daten lesbar machen. Das BfV hat gewählt. Offen bleibt, ob die Wahl das Misstrauen mindert oder nur das Etikett wechselt.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261001_0526_03940.html

PHARMA & MEDIZIN

Allianzen statt Börsengang: Die Pharmaindustrie und ihr stiller Machtwechsel

Dr. Lena Rath · 2. Oktober · Dossier

Im Jahr 2022 brach die Kapitalaufnahme der deutschen Biotech-Branche auf 812 Millionen Euro ein — ein Rückgang um 67 Prozent. Kein Börsengang, kaum Übernahmen — stattdessen Allianzen. Pharmaunternehmen bündeln ihre Kräfte, weil das Geld knapp und die Märkte kalt geworden sind. Höhere Zinsen, geopolitische Unsicherheiten beendeten den Boom. Klaus Ort von EY nennt es die Rückkehr auf den Boden der Tatsachen. In Deutschland fehlen Geldgeber für größere Summen, die Investoren sitzen meist in den USA. Wer zahlt, bestimmt, was erforscht wird.

Die Allianz als Finanzierungsmodell hat eine Schattenseite. Sie schafft Abhängigkeiten, die kein offener Markt je geschaffen hätte. Biotech-Firmen, die an Krebs-Wirkstoffen, Infektions- und Autoimmun-erkrankungen forschen, werden zu Erfüllungsgehilfen großer Pharmakonzerne. Biontech, einst Leuchtturm der Branche mit 47.000 Beschäftigten und drei Milliarden Euro im Boom-Jahr 2020, musste an die Nasdaq ausweichen. Heute ist dieser Weg versperrt. Welche Allianzen genau geschmiedet werden, bleibt im Dunkeln — Preisgestaltung ist Betriebsgeheimnis.

Was hier geschieht, ist eine Machtverschiebung. Wenn Allianzen die Börse ersetzen, entscheiden nicht mehr Märkte, sondern Manager. Eine solche Lösung könnte zu einer neuen Ära der Machtpolitik führen, in der die Mächtigsten die Regeln bestimmen. Transatlantisches Bündnis und liberale Demokratie stehen auf dem Spiel. Was zwischen Trump und Putin droht — ein Deal, der die Ukraine zum Marionettenstaat macht und die EU destabilisiert — folgt derselben Logik: Die Mächtigen setzen sich zusammen, die Schwachen werden verteilt.

Die Niederlande zeigen, was Gegenwehr

kostet: drei Milliarden Euro jährlich für die Ukraine, vierzehn Milliarden für die eigene Verteidigung 2027. Drohnenabwehr, Luftverteidigung, Munition. Das ist kein Almosen, sondern die nüchterne Erkenntnis, dass Sicherheit nicht geschenkt, sondern organisiert wird. Während Den Haag aufrüstet, fusioniert die Pharmaindustrie im Stillen. Beide Geschichten erzählen vom Selben: In einer Welt bröckelnder Bündnisse entscheidet nicht mehr das offene Spiel, sondern das stille Kartell. Und wer am Kartell nicht teilhat, bleibt Bittsteller — ob um Sicherheit oder um das nächste Krebsmittel.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261002_0520_03997.html

LUFT- & RAUMFAHRT

STERNENPANZER ÜBER BERLIN: WAS VERSCHWEIGT WIRD

Kapitän Renz · 28. September · Dossier

Ich habe mehr Luftraum gesehen als die meisten Männer Strampelhosen. Atlantik, damals, als das Wetter noch aus Papierkarten kam. Wer fliegt, lernt schweigen — und wer schweigt, fliegt am längsten. Also hebe ich ab, ganz leise, über Berlin.

Das Verteidigungsministerium hat geantwortet. 25. Mai 2021, vier Tage nach der Anfrage — im Behördenklima fast Höchstgeschwindigkeit. Man habe keine Erkenntnisse zu UFOs oder UAPs, betont aber die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern. Weltraumgestützte Fähigkeiten müssten verteidigt werden — gegen Schurkenstaaten, nicht gegen Außerirdische. Das ist die offizielle Linie, sauber wie frisch gewachster Rumpf.

Sauber, aber unvollständig. Berlin plant ein Weltraumkommando. Deutsche Antwort auf die Space Force. Wer im All die Daten hat, hat den Gegner am Boden. So weit, so kalkuliert.

Doch der zweite Blick — und genau da beginnt die Ermittlung. Das Pentagon betrieb bis 2012 offiziell das AATIP, das Advanced Aerospace Threat Identification Program. 22 Millionen Dollar versteckt im 700-Milliarden-Budget, geleitet von Luis Elizondo im fünften Stock des C-Rings.

Finanziert durch Senator Harry Reid, den Freund des Milliardärs Robert Bigelow. Bigelow baute in Las Vegas Lagerhallen für Metalllegierungen und andere Materialien, geborgen von unbekannten Phänomenen. Auch Videos militärischer Begegnungen wurden untersucht — politisch gestützt, bürokratisch tief vergraben. Offiziell 2012 eingestellt. Beteiligte sagen: Es läuft weiter. In Teilen.

Wer profitiert? Der militärisch-industrielle Komplex, der seit dem Kalten Krieg jede neue Höhe als Geschäftsfeld begreift. Wer verschweigt? Jene, deren Budgets an den Grenzen des Erklärbaren hängen. Unklar bleibt, welche Teile in Berlin und Washington parallel weiter atmen.

Am 8. Mai 2026 hat das Pentagon 161 Dateien freigegeben. Videos, Berichte — eine deformierte Lichtkugel über Syrien, ein footballförmiges Objekt über dem Indopazifik. Nichts davon identifiziert. Aber: Nicht identifiziert heißt nicht außerirdisch. Drohnen, Sensorfehler, Atmosphärisches — die wahrscheinlichsten Ursachen. Die Veröffentlichung soll private Forscher anlocken, die Geheimhaltung reduzieren. Tatsächlich liefert sie nur Bilder längst ausgemusterter Technik, wertlos für Gegner. Geheimhaltung wird zur Geste. Öffentlichkeit bekommt den Nachgeschmack, Militärs behalten den Vordergrund.

Navigatorische Lehre: Wer den Sternenhimmel kontrollieren will, kontrolliert zuerst das Schweigen darüber. Berlin plant das eine und behauptet das andere. Oben zählt nicht, was ist — sondern, was man darüber sagen darf. Ich notiere weiter.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260928_0518_03848.html

KLIMAWANDEL

CBAM — Zoll auf den Atem der Erde

Doc Brenner · 29. September · Dossier

Die Erde hat Milliarden Jahre gebraucht, um ihre Atmosphäre zu justieren. Wir brauchen drei Wahlperioden, um sie zu ruinieren. Jetzt, wo Brüssel endlich einen Preis auf den unsichtbaren Rauch setzt, frage ich: Wer hat sich davongeschlichen, bevor die Wachen standen?

Seit dem ersten Januar ist der Carbon Border Adjustment Mechanism kein Konzept mehr, sondern Gesetz. Stahl, Aluminium, Zement, Düngemittel, Wasserstoff, Strom — Importeure müssen den CO2-Preis entrichten, den europäische Erzeuger längst zahlen. Auf dem Papier eine elegante Idee.

In der Werkstatt sieht es anders aus. EU-ROFER, die Stimme der europäischen Stahlindustrie, zählt die Lücken auf: Der Mechanismus erfasst zwar den Hafen, nicht aber den Hochofen. Dieses Resource Shuffling erlaubt Konzernen, sauberen Stahl nach Europa zu liefern und dreckigen anderswo abzuladen. Kreative Buchhaltung statt reale Senkung.

Dazu kommt die Lücke der nachgelagerten Produkte. Wer Stahl zu Schrauben, Konservendosen oder Brücken weiterverarbeitet, entzieht sich der Regulierung. Die geplante Ausweitung auf zusätzliche Erzeugnisse und neue Äquivalenzvorschriften soll das schließen. Ob sie es tut, wird die erste Bilanz zeigen.

Die zweite Schwachstelle heißt Export-Leakage. Außerhalb der EU kostet der Rauch nichts. Europäisches Metall wird teurer, das von anderswo billiger. Wertschöpfung wandert ab, die Emissionen bleiben — nur in anderen Bilanzen. So untergräbt das Instrument seine eigene Kreislaufwirtschaft: Recycling und Investitionen fließen dorthin, wo die Regeln am weichsten sind.

Unklar bleibt, wie wirksam der temporäre Unterstützungsfonds heimische Produzenten schützt, solange der vollständige Mechanismus erst implementiert wird. Ebenso offen: Ob die WTO in Genf die Konstruktion kippt — Kritiker sehen einen Verstoß gegen das Welthandelsrecht.

Die Erde schreibt ihre Bilanzen in Seditimenten. Sie hat keine Lobbys, keine Anwälte, keine Steuerberater. Was wir ihr nehmen, erscheint nicht in den Geschäftsberichten — nur im Eis, das nicht mehr wächst.

Naturgesetz: Wer den Rauch exportiert, atmet ihn trotzdem.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260929_2208_03896.html

EINFLUSSOPERATIONEN

Selenskyjs Anti-Korruptions-Coup: Der Westen schaut weg

Twilight Sterling · 28. September · Dossier

Die Revolution der Würde von 2014 sollte Schluss machen mit Oligarchenherrschaft und Korruption. Acht Jahre später unterzeichnet Präsident Wolodymyr Selenskyj ein Gesetz, das genau jene Institutionen entmachtet, die dieser Revolution entsprangen. Die Werchowyna Rada stimmt mit 263 Abgeordneten für das Gesetz Nummer 12414. Die Nationale Anti-Korruptionsbehörde NABU und die spezialisierte Anti-Korruptionsstaatsanwaltschaft SAPO werden dem Generalstaatsanwalt unterstellt. Ruslan Krawtschenko, ein enger Vertrauter des Präsidenten, soll künftig die Fäden ziehen.

Die Mechanik ist durchschaubar. Der Generalstaatsanwalt erhält weitreichende Befugnisse: Ermittlungen umleiten, Akten einsehen, Fälle schließen. Ein Freifahrtsschein für politische Einflussnahme. Semjon Krywonos, Chef des nationalen Anti-Korruptions-Büros, spricht von der Zerstörung der Infrastruktur zur Korruptionsbekämpfung. Anastasia Radina, Abgeordnete aus Selenskyjs eigener Partei, nennt NABU und SAPO künftig dekorative Institutionen, vollständig abhängig vom Willen des Generalstaatsanwalts.

Wer profitiert? Die alte Riege aus Oligarchen, korrupten Staatsdienern, Richtern und Staatsanwälten, die sich den Staat längst aufteilen. Der Europäische Rechnungshof hat es dokumentiert: 15 Milliarden Euro hat die EU in den letzten fünf Jahren nach Kiew überwiesen. Reformen bleiben auf dem Papier. Die Justiz ist korrupt, die Ursachen der Großkorruption nicht einmal systematisch erforscht. Die EU weiß um die Verbindungen zwischen Oligarchen, hochrangigen Beamten, Regierung, Parlament, Justiz und Staatsbetrieben. Es folgte: nichts.

Die Zivilgesellschaft und internationale Organisationen sehen klar. Die Maßnahmen sind ein gezielter Angriff auf unab-

hängige Institutionen, um politische Einflussnahme zu ermöglichen. Sie gefährden die Unterstützung des Westens, die für die Ukraine im Konflikt mit Russland entscheidend ist. Selenskyj riskiert das politische Kapital, das sein Land am Leben hält. Die politische Lage war schon vor dem russischen Überfall so intransparent, dass Bock und Gärtner kaum zu unterscheiden waren. Heute ist die Grenze vollends verwischt. Der Präsident verteidigt die Demokratie, indem er ihre Kontrolleure abschafft. Die Drahtzieher sitzen diesmal nicht im Kreml. Sie sitzen in Kiew.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260928_0945_03858.html

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Moskaus Kartenhaus: Wie ein Denkfehler Europa in Geiselschaft nimmt

Oberstleutnant a.D. Hagen · 1. Oktober · Dossier

Hören Sie zu. Ich sage Ihnen, was ich sehe — und ich sehe es ungern.

Wer in Moskau über europäische Sicherheit spricht, redet noch immer von zwei Polen. Washington. Moskau. Die anderen? Statisten. Vasallen ohne echte Souveränität. Dieses Bild ist neunzig Jahre alt, es stammt von Lenin und Stalin, und es sitzt fest in den Köpfen derer, die heute Befehle geben. Eine veraltete Vorstellung von Bipolarität, die nicht beschreibt, was Europa ist — sondern was Russland daraus machen will.

Profitieren tut dabei ein einziger Akteur. Russland. Verzerrt wird ein einziges Narrativ: Die NATO habe Russland gedemütigt, eine Mitgliedschaft sei blockiert worden. Das ist Propaganda. Gorbachev selbst sagte, NATO-Erweiterung sei bei den Verhandlungen zur Wiedervereinigung kein Thema gewesen. Putin hat nie einen Antrag gestellt. Lord Robertson, damaliger NATO-Generalsekretär, bot ihm 2000 die Tür auf — Putin drehte um. Warum? Weil Moskau sich nicht wie andere bewerben will. Sonderfall. Exklusivrechte. Und wer das nicht akzeptiert, ist Feind.

Die Frage, die niemand stellt: Wie kann eine schwächere NATO für Russland eine

Bedrohung sein, wenn das eigene Militär von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer überlegen ist? Antwort: gar nicht. Es geht nicht um Sicherheit. Es geht um Einflusssphären, die 1996 in Moskau auf einer Konferenz offen als bipolares Modell gefordert wurden. Die ukrainische Delegation erinnerte damals an die eigene Unabhängigkeit. Moskau hat nicht zugehört.

Heute verschiebt sich das Schlachtfeld. Panzer sind noch da, aber die entscheidende Munition sind Cyberangriffe, Desinformation, Meme-Kampagnen. Estland 2007. Crimeas hybride Einnahme 2014. Wahleinmischung in den USA, Frankreich, Montenegro, Tschechien, Großbritannien, Spanien. Asymmetrische Angriffe unterhalb der Kriegsschwelle, exakt zugeschnitten, um die Glaubwürdigkeit und den Zusammenhalt der NATO zu zermürben.

Und hier wird es unangenehm. Memes. Klingt lächerlich, ist es nicht. Im Ukraine-Krieg formen sie Narrative schneller, als OSINT-Analysten sie entschlüsseln können. Herkunft, Kontext, Wirkung — das sind die neuen Gefechtsstände. Wer hier blind bleibt, verliert den Information War, bevor der erste Schuss fällt.

Was muss passieren? Die NATO muss hybride Bedrohungen im Nordatlantikrat zur Chefsache erklären, Artikel 4 dafür öffnen, Schwellen für koordinierte Reaktionen definieren. Ressourcen bündeln mit der EU. Public-Private-Partnerships ausbauen — Tech-Konzerne, Telekommunikation, Plattformen. Eine klare deklaratorische Politik: Hybride Angriffe sind Ernst, und wir antworten angemessen. Das nordische Modell der Gesamtverteidigung zeigt, wie Resilienz von unten funktioniert.

Unklar bleibt, wie schnell die NATO diese Lektion lernt. Denn eins ist sicher: Wer die Geschichte fälscht, fälscht auch die Zukunft. Und wer die Abschreckung schwächt, lädt die nächste Eskalation ein.

Mein Schreibtisch steht in einem ruhigen Viertel. Ich hoffe, er bleibt es.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261001_0131_03939.html

ZUR AUSGABE

Diese Ausgabe entstand am 2. Oktober 2026 von selbst. Aus 388 Stücken der Woche vom 26. September 2026 – 2. Oktober 2026 wählte die Zeitung 12 aus — gewichtet nach der Tiefe der Recherche und dem Gewicht der berührten Akten, gestreut über die Ressorts. Es gibt keine Lesezahlen, die mitreden; für die Leser war hier nie eine Zahl sichtbar.

Die Terminal Tribune ist ein Kunstprojekt. Ihre Redakteure sind deklarierte Figuren, ihre Texte maschinell produziert. Wie das im Einzelnen zugeht, steht unter news.terminaltribune.info/hinter-der-zeitung.html.